

Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit [Schluss]

Autor(en): **Gitermann, Marcus**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **8 (1928-1929)**

Heft 7

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

helminischen Deutschlands hinweg und brachte Ebert an die Macht. Aber die ungeheure Mehrheit der Soldaten zog einen Trennungsstrich nach links, indem sie sich der S. P. D. anschloß. Damit war ein Erfolg der Linksradiكالen unmöglich geworden. Der Rat der Volksbeauftragten, dem Vertreter der S. P. D. und der U. S. P. D. angehörten, umgab sich mit bürgerlichen Fachministern, so daß die Regierung des 10. November in Wahrheit «eine etwas sozialistisch verschleierte Herrschaft der alten Reichstagsmehrheit, ergänzt durch den rechten Flügel der U. S. P. D.», war.

«Der preußische Militäradel und die Monarchie waren gestürzt. Die Anhänger der sozialistischen Revolution hatten sich nicht durchsetzen können. Die bürgerliche Republik hatte in Deutschland gesiegt.»

*

Rosenberg schließt mit dem 9. November. Er glaubt, daß die folgenden Ereignisse heute noch nicht Gegenstand einer kritischen Geschichtsforschung bilden können. Das wird bedauerlich erscheinen, denn das Buch Rosenbergs zeigt, daß er wie kaum ein anderer, dazu berufen ist, der Geschichtsschreiber der deutschen Klassenkämpfe zu sein.

Deutsche Sozialisierungsliteratur während der Kriegs- und Revolutionszeit.

Von Dr. Marcus Gitermann, Zürich.

(Schluß.)

Wirft man einen Blick auf sämtliche Beiträge des Werkes «Neuordnung der deutschen Finanzwirtschaft», so kommt man zu folgenden Schlußfolgerungen. Alle Mitarbeiter stimmen darin überein, daß eine stärkere fiskalische Belastung des Privateigentums notwendig sei. Freilich, für eine weitgehende Sozialisierung der Wirtschaft tritt kein akademischer Gelehrter ein. Aber man sieht, daß der Gedanke der staatlichen Regelung der Volkswirtschaft in der deutschen akademischen Welt Anhänger zu gewinnen beginnt. Prinzipiell wichtig ist die Anerkennung der Souveränität des Staates auf einem Gebiet, welches vorher ihm, vom manchesterlichen Standpunkt aus, verschlossen war.

Zum Vergleich soll hier erwähnt werden, daß die Neuordnung der Finanzwirtschaft zur gleichen Zeit auch führende Sozialpolitiker Englands beschäftigte. Von der Fabian-Society in London wird 1917 eine Schrift herausgegeben: «*Wie bezahlen wir den Krieg?*» — Der Hauptvorschlag geht dahin, «daß ein großer Teil der Kriegskosten getragen werden soll durch die Entwicklung der Post, der Verstaatlichung des Eisenbahn- und Kanalwesens und der Kohlenversorgung. Wir brauchen mit einem Wort eine überlegtere, zweckmäßigere und systematischere Organisation der Hilfsquellen der Allgemeinheit». Während die deutschen Professoren in den Vordergrund ihrer «Neuordnung der Finanzen» die *Steuerfrage*

rücken, richten die sozialistisch gesinnten Fabianer das Hauptaugenmerk auf die *Reorganisation* der Wirtschaft im *staatssozialistischen* Sinne. Forscht man dem Grund dieses Gegensatzes nach, so muß man denselben vor allem in den *sozialen Zuständen* beider Länder suchen. Deutschland hatte nämlich zur Zeit des Krieges gut organisierte Staatsbetriebe, aber ein mangelhaftes Steuerwesen; England dagegen erfreute sich eines gut ausgebauten Steuersystems, litt aber unter rückständigen konzessionierten Betrieben (wie Eisenbahnen).

*

Von sozialdemokratischen Theoretikern wird die finanzpolitische Bedeutung der Staats- und Gemeindeunternehmungen besonders eifrig erörtert. Es ist nicht schwer, vorauszusehen, daß die Ideologen der Arbeiterklasse eher eine weitgehende wirtschaftliche Betätigung des Staates und der Gemeinde befürworten werden, als die «bürgerlichen» Nationalökonomien. Schon im Jahre 1916 kommt *Hugo Lindemann* in den «Sozialistischen Monatsheften» (II, S. 512) zur Schlußfolgerung, daß die Gemeindebetriebe zu optimistischen Hoffnungen berechtigen. Im Jahre 1917 empfiehlt der gleiche Gelehrte die weitgehende Einführung von Monopolen: Handelsmonopole in der Lebensmittelversorgung und weiterer Ausbau der Regiebetriebe. Ebenso richtet *Paul Hirsch* in seiner Arbeit: «Aufgaben der deutschen Gemeindepolitik nach dem Kriege» (1917) an die Gemeinden die Aufforderung, ihr finanzielles Heil nicht in der äußersten Anspannung der direkten Steuern zu suchen, sondern in der Ausbildung der *Regiebetriebe*.

Die Frage der Tilgung der Kriegsschulden und der rationellen Gestaltung der Friedensfinanzen beginnt auch die *Arbeiterschaft* zu interessieren. Sehr merkwürdige finanzpolitische Erörterungen begegnen uns im «Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands» (Jahrgang 1917). Die Arbeitervertreter sind aber keine prinzipiellen Befürworter des Staatssozialismus. In einer Artikelserie: «Die Monopolfrage im deutschen Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe» äußert sich *Paul Müller* wie folgt: «Für uns handelt es sich hier weniger um eine Frage des Prinzips, als vielmehr um reine Zweckmäßigkeitsfragen, deren Lösung uns natürlich nicht nur als Staatsbürger und Steuerzahler, sondern auch vom reinen Berufsstandpunkt aus in hohem Maße interessiert... Wir können schon heute theoretisch für die staatliche Monopolisierung der Handels-, Transport- und Verkehrsunternehmungen eintreten, wenn bei der praktischen Durchführung auf billige Interessen und Anforderungen der Beteiligten die erforderliche Rücksicht nach Möglichkeit genommen wird.»

Die theoretischen Diskussionen des «Korrespondenzblattes» verdichteten sich zu praktischen Vorschlägen. Im Jahre 1917 richtete die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften an die Reichs- und Staatsbehörden eine Denkschrift: «Sozialpolitische Arbeiterforderungen der deutschen Gewerkschaften.» Ein Punkt dieser Forderungen bezieht sich auf *Staats- und Monopolbetriebe*. Es werden hier folgende Forderungen aufgestellt: Staatliche Kontrolle der Monopolbetriebe, Mitbeteiligung der Arbeitervertreter an der Verwaltung, Festsetzung der Preise und Löhne für die Monopolbetriebe, Einführung des Gesamtarbeitsvertrages in öffentlichen Betrieben. — Aus dem Studium des «Korrespondenzblattes» gewinnt man einen klaren Begriff von den sozialpolitischen Strömungen in der deutschen Arbeiterschaft während der letzten Kriegsperiode. Politische Erwägungen veranlassen die Gewerkschaftsführer zur Einreichung von «Eingaben» und «Denkschriften» an die Reichsregierung, um diese an die

vom Staatssekretär *Delbrück* verkündete «Neuorientierung der inneren Politik» in bescheidenem Tone zu mahnen und zur Durchführung einiger «Sozialreformen» zu bewegen. Und diese «sozialreformatorsche» Stimmung der Gewerkschaftsführer machte sich geltend auch im Jahre 1918 — wenige Monate vor dem Ausbruch der Revolution. — — —

*

Wenn die oben besprochenen Schriften nur einzelne Probleme des Kriegssozialismus und der Uebergangswirtschaft behandeln, so umfaßt das große Werk von *Edmund Fischer*: «*Das sozialistische Werden — die Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung*» den gesamten Komplex derjenigen Phänomene, die den Sozialismus als einen ökonomisch-historischen Prozeß charakterisieren. Dabei begnügt sich Fischer nicht mit der Darstellung des heutigen Standes (des *Seins*) der Frage, sondern will das Problem genetisch verfolgen; daher nennt er sein Buch: *Das sozialistische Werden*. Fischers Werk gliedert sich in zwei Teile: I. Die Sozialisierung der Volkswirtschaft und II. Die Entwicklung der Solidarität. Für uns kommt hier vornehmlich der erste Teil in Betracht. Fischer glaubt nicht an immanente ökonomische Gesetze: für ihn bestehen nur «Tendenzen». Die Haupttendenz unserer Zeit ist nach Fischer: «Die Organisation ist wieder die Losung der Zeit geworden, aber auch die unumgängliche Notwendigkeit.» Diese planmäßige Organisation der Volkswirtschaft sei durch den Krieg «zu einem nicht unwesentlichen Teil mit einem Schlage zum Durchbruch gebracht» worden. Der eingeschlagene Weg führe zum Sozialismus. Fischer betrachtet die ganze soziale Bewegung vom Standpunkte der Evolution aus und belegt seine Ausführungen mit reichem historischen Material. Er behandelt ausführlich die staatliche und kommunale Gemeinwirtschaft, die Entwicklung der Genossenschaften, den «Wassersozialismus», die kommunalen Monopole sowie die «Sozialisierung des Kapitals».

Was lehrt uns nun die kriegssozialistische Literatur, die wir vor den Augen des Lesers haben Revue passieren lassen? — Fassen wir das gesamte von den kriegssozialistischen Schriftstellern gebotene Material zusammen, so kommen wir zur Erkenntnis, daß die sozialen Ideen, die in der gesamten Literatur zum Ausdruck kommen, durch die wirtschaftliche Struktur und den ökonomischen Boden Deutschlands bedingt sind. Sichtbare Entwicklungsstufen kennzeichnen hier den Aufstieg. Schon vor dem Kriege eine Konzentration des Kapitals und Ansätze zur öffentlichen Wirtschaft. Der Krieg, mit seinen ökonomischen, technischen und psychologischen Begleiterscheinungen, bringt deutlicher zum Bewußtsein die Widersprüche der privaten Wirtschaft. Es erschallt ein Ruf nach staatlicher Regelung der Wirtschaft, nach Unterordnung der privaten Profitinteressen den Forderungen des Gesamtwohles. Vergleicht man die kriegssozialistische Literatur Deutschlands mit derjenigen anderer Länder, so trifft man überall gemeinsame Ideen. Denn die sozialökonomischen *Theorien* sind das Produkt der sozialökonomischen *Tatsachen*.

Die im November 1918 in Deutschland eingetretene politische Umwälzung beschleunigte die schon während des Krieges in Erscheinung getretenen Tendenzen und ebnete die Bahn für eine klar ausgesprochene *Sozialisierungsbewegung*, die sich eine radikale Umwälzung der wirtschaftlichen Verfassung zum Ziele setzte. In einer anderen Untersuchung soll die eigentliche «Sozialisierungsliteratur» (die nach November 1918 erschienenen Schriften) einer eingehenden kritischen Betrachtung unterzogen werden.